Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Zeitzer Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 12 — Sonnabend, den 25. März 1922 — 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperrt", „Streik", „Zuzug fernhalten", werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

*

Gesperrt:

Betrieb Reiner in Augsburg-Pfersee. Das Grabsteingeschäft von **Franz Rolf in Paderborn. In Merseburg** sämtliche Grabsteingeschäfte. In **Bremen** die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, S. Riedel, Kurt Winter, Ermscheel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wert u. Co. In **Reichenbach i.** Vogtl. Platz Heilmann. In **Aurich** Betrieb Friedrich **Harms**. In **Herdecke** der Betrieb **Buchmayer**. Die **Betriebe** der Firma **E. Martschink** in **Doberschütz, Stiebitz und Niedergurig** in der Lausitz (Zahlstelle Bautzen). In **Lauterecken Bildhauer** Johann **Neßler** und Söhne. In **Neugersdorf** das Grabsteingeschäft von **Stange**. In **Bochum** die **Kunststeinfabrik Kluge**.

Streik:

In **Aurich** (Firma Fleßner und Schulenberg). In **Mannheim. In Hirschberg, Jannowitz** und **Schreiberhau. In Nordhausen. In Kaltennordheim; in Paderborn** (sämtliche Betriebe).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **München** (allgemein), von **Bennigsen a.** Deister. Wegen des Streiks **in Nordhausen,** von **Sangerhausen** und **Artern** (gesamte Zahlstellengebiet).

Für das Gebiet des Reichslohntarifes für die Granitschleifereien hat der Verbandsvorstand eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage beantragt, und zwar: **ab 30. bzw. 31. März 150 Prozent, ab 13. bzw. 14. April weitere 150 Prozent.** Gleichzeitig wurde gewünscht, daß die Verhandlungen noch im Laufe dieses Monats stattfinden, damit der Abschluß der neuen Vereinbarung vor der neuen Lohnzahlungsperiode erfolgt.

Erledigte Bewegungen.

Zittau. Ab 20. März erhalten Steinmetzen 15 M. Stundenlohn.

Braunschweig. Hier wurde in der Lohnfrage eine Vereinbarung getroffen. Der Zuzug nach Braunschweig ist damit wieder frei.

Mayen. Durch **Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Andernach** wurden für das Basaltlavagebiet die Teuerungszulagen für **Steinmetzen** im Akkord von 1100 auf 1410 Prozent erhöht. **Pflastersteine** 1. Sorte pro 100 Stück von 39 M. auf 47 M. **Sämtliche** übrigen Löhne wurden um 20 Prozent erhöht. Diese Lohnfestsetzung gilt ab 27. Februar 1922. Außerdem sind für die letzten 2 Wochen vom 13. Februar 1922 bis 25. Februar 1922 einschließlich 10 Prozent der bisherigen Löhne nachzuzahlen.

Für das Ettringer Tuffsteingebiet wurde nachstehender Schiedsspruch gefällt: 1. Steinmetzen im **Akkord** auf den Friedenstarif 2025 Prozent, 2. Steinmetzen und Stößer im **Zeitlohn** pro Stunde 12.50 M., 3. Steinbrecher im **Zeitlohn** pro Stunde 12.30 M., 4. ungelernte Arbeiter über 22 Jahre pro Stunde 9.85 M., über 20 Jahre pro Stunde 9.65 M., über 18 Jahre pro Stunde 8.35 M., über 17 Jahre pro Stunde 6.65 M., über 16 Jahre pro Stunde 5 M. Diese Lohnfestsetzung gilt vom 25. Februar 1922.

Raumünzach. Die Sperre über die Firma **Reck** ist in ihrem Anlaß behoben.

Berlin. Der Streik der Marmorarbeiter wurde durch die Bewilligung nachstehender Löhne beendet. Die Arbeit wurde am 17. März aufgenommen: **Steinmetzen** 18 M., **Schleifer, Fräser, Dreher** 17.80 M., **Anfänger** im ersten ½ Jahr 11.25 M., nach einem ½ Jahr 13.50 M., nach einem ¾ Jahr 15.50 M., nach einem Jahr 17.80 M., **Frauen** im ersten ½ Jahr 8.75 M., nach einem ½ Jahr 10.50 M., nach einem ¾ Jahr 12.25 M., **Hof- und Hilfsarbeiter** bis 6 Monate im Beruf 11.50 M., über 6 Monate 15 M.

In **Eudenbach** waren die Kollegen gezwungen, durch Streik dem von ihnen gewählten Betriebsrat die ihm zustehende Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Nach viertägiger Dauer konnte die Angelegenheit entsprechend dem Verlangen der Kollegen eingerenkt werden.

Muschelkalksteingebiet (Franken). Mit Wirkung vom 16. März 1922 erhöhen sich die Stundenlöhne aller Arbeiter und die Akkordsätze der Brecher, Bossierer, Schleifer und Räumer um 25 Prozent. **Der Akkordlohn** der Steinmetzen erhöht sich um 250 Prozent, insgesamt auf 1180 Prozent. Vom 1. April an erhöhen sich sämtliche Löhne und die Akkordsätze der Brecher, Bossierer, Schleifer und Räumer um weitere 5 Prozent. Der Akkordzuschlag der Steinmetzen stellt sich dann auf 1230 Prozent. Ueberfährgeld wird von den Firmen zurückvergütet. Die Verbesserungen des Tarifes treten in Kraft, sobald die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über das Fahrgeld der Hilfsarbeiter stattgefunden haben.

Zeil-Steigerwald (**Schleifsteingebiet**). Die Löhne erhöhen sich ab 10. März 1922 um 15 Prozent, ab 24. März 1922 um 30 Prozent und ab 7. April 1922 um 45 Prozent. Die bisherige Kinderzulage kommt in Wegfall und wurden dafür als Ablösung die letzten 5 Prozent gewährt. An Knüpfelgeld wird vom 1. März 1922 an die Schleifsteinmacher 4 M., an die Steinmetzen 10 M. pro Monat gewährt.

Wernecker Schleifsteingebiet. Die Löhne der Steinmetzen erhöhen sich, je nach Zahltagsbeginn, entweder vom 17., 18. oder 20. März an um 33 Prozent, die der übrigen Arbeiter um 30 Prozent.

Dortmund. Der Stundenlohn in der Marmor-, Granit- und Grabsteinbranche für **Steinmetzen und Schleifer** beträgt vom 1. März an 18 M., vom 16. März 19.50 M., vom 1. April 20.50 M., vom 16. April an 21.50 M. Hilfsarbeiter erhalten pro Stunde 1.50 M. weniger. Die Löhne der Arbeiterinnen werden entsprechend den vorstehenden prozentual erhöht. **Bau-Steinmetzen erhalten vom 5. März an 22 M. Stundenlohn.**

Eine Ermahnung.

Früher hatte es der Gewerkschaftsangestellte leichter. Fast allgemein waren feste Tarifverhältnisse vorhanden; war eine Bewegung abgeschlossen, dann war zumeist auf ein Jahr und noch längere Zeit im Ort Ruhe. Der Gewerkschaftsangestellte konnte den Ort verlassen mit dem befriedigenden Bewußtsein, auf eine geraume Zeit Besseres gestiftet zu haben, er konnte sich beruhigt einer andern Aufgabe zuwenden. Vor allem konnte er sich der so notwendigen Agitation widmen, für Aufklärung sorgen, neue Mitglieder werben, was damals ein besonderes und umfangreiches Kapitel seiner Aufgaben darstellte.

Heute ist es anders. Für die Agitation, die zu den weniger nervenzerrüttenden Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten gehört, ist gar keine Zeit mehr übrig. In der Praxis ist es so gekommen, daß das Verbandsblatt nur noch das einzige Agitationsorgan darstellt, was insofern zu bedauern ist, als erfahrungsgemäß das gesprochene Wort besser und nachhaltiger als das geschriebene wirkt. Der Gewerkschaftsangestellte selbst ist zur Abhaltung von Agitationsversammlungen gar nicht mehr in der Lage. Nur noch die besonders aufreibende Führung von Lohnbewegungen liegt ihm ob. Diese wickeln sich angesichts der Preistreibereien schon in fast regelmäßigen kurzen Intervallen ab, eine Bewegung jagt die andere, das Ganze ist ein verzweifelter Kampf um das einigermaßen zum Sattessen nötige Stück Brot. Hat der Gewerkschaftsangestellte mit Ach und Krach eine erneute Lohnerhöhung durchgedrückt, dann geht er mit dem wenig ermutigenden Bewußtsein von dannen, daß nur vorübergehend ein Notloch zugestopft ist und daß nach einer kurzen Atempause im gleichen Ort die gleiche zermürbende Tätigkeit von neuem einsetzen muß. An einen Achtstundentag für den Gewerkschaftsangestellten ist unter diesen Umständen auch nicht im entferntesten zu denken, er hat eine unbegrenzte tägliche Arbeitsdauer, wozu noch die steten Aufregungen kommen, die alle Lohnbewegungen mit sich bringen. Und zwar nicht nur die Aufregungen am Verhandlungstisch, sondern vor allem die Aufregungen in den Versammlungen mit den Berufs- und Verbandsangehörigen, unter denen immer ein Teil vorhanden ist, der mit dem Erreichten unzufrieden ist und zur Rebellion gegen die getroffenen Abmachungen auffordert.

Das ist heute das „beneidenswerte" Los des Gewerkschaftsangestellten. Seine Tätigkeit ist erschwert durch stetig sich wiederholende Teuerungswellen, durch stete Verhandlungen mit dem geschickten Unternehmertum, durch die Wellen der Unzufriedenheit, die durch jede beschlußfassende Versammlung der Berufsangehörigen rauschen. Daß diese Tätigkeit mit der Zeit auch die gesündesten Nerven untergraben muß, ist jedem Einsichtigen einleuchtend. Nichtsdestoweniger aber sehen wir, daß vor allem in den Versammlungen jeder Groll, jede Unzufriedenheit mit der Not dieser schweren Zeit auf den Gewerkschaftsangestellten abzuwälzen versucht wird. Ja, man geht oft so weit, ihm „Verrat", „Feigheit" und Harmoniedusselei" vorzuwerfen, Ausdrücke, die auf den Angestellten persönlich kränkend wirken müssen und ihm sein Amt mitunter zu einer schier unerträglichen Last gestalten . . .

Das ist der leidige Punkt: Der Gewerkschaftsangestellte kennt nicht nur die Gewerkschaftsmacht, er kennt auch deren Grenzen. Er darf keinen Moment bei allen seinen Handlungen den Boden der Wirklichkeit verlassen, er muß zu jeder Zeit Erreichbares von Unerreichbarem zu unterscheiden verstehen. Er ist nicht für den einzelnen Ort eingesetzt, sondern für die Gesamtheit. Bei jeder seiner Handlungen muß er die Wirkung auf den Gesamtverband im Auge haben. Die Organisation durch alle Klippen der heutigen wirtschaftlichen Misere hindurchzusteuern unter Aufwendung möglichst weniger Opfer und dennoch mit gutem Geschick alle nur möglichen Vorteile für die Mitglieder herauszuschlagen, das ist seine Aufgabe, die leider vielfach nicht vollauf verstanden und gewürdigt wird.

Anders liegt es bei den Mitgliedern. Zu tausenden sind sie in den letzten Jahren in die Gewerkschaften geströmt, nur mit dem unklaren Bewußtsein, dadurch eine Besserstellung ihrer Wirtschaftslage zu erreichen. Nun hat allerdings, obwohl heute durch aufklärende Vorträge aus schon angeführten Gründen wenig gewirkt werden kann, dennoch manches neue Mitglied etwas gelernt und sich gewerkschaftliche Schulung angeeignet. Nicht aber die große Masse. Sie betrachtete die Gewerkschaft nur als eine Lohnerhöhungsmaschine. Und abei schweift ihr Blick nicht über die Grenzpfähle des Ortes hinaus, der Sinn für das große Ganze ist entweder noch unvollkommen entwickelt oder er fehlt gänzlich. Zu diesen noch ungeschulten Gewerkschaftsmitgliedern stoßen die Ueberradikalen, die zum Teil die Schwierigkeiten des Lohnkampfes verstehen, aber jede Bewegung für ihre eigenen politischen Zwecke ausmünzen möchten Natürlich finden sie bei den Erstgenannten — begünstigt durch die Zeit der schweren Not — vielfach guten Nährboden. So wird dem Gewerkschaftsangestellten das Leben noch mehr vergällt durch eine auf Unwissenheit und Verechnung basierende Opposition bei seinen Berufsangehörigen.

Ein offenes, freimütiges Wort soll auch gehört werden: Nicht darum handelt es sich, hier Vorwürfe gegen Unverstand zu erheben. Keinem ein Vorwurf, daß er in seinem unbewußten Drange nach Besserem Unmögliches verlangt und Opposition macht! Dieser unbewußte erste Drang hat einst jeden der Organisation zugeführt. Aber ihr habt die Pflicht, euch in die gewerkschaftlichen Probleme, in die allgemeine Volkswirtschaft zu vertiefen, ihr sollt euer Wissen erweitern und ihr sollt in der Gewerkschaft nicht nur den Automaten erblicken, der euch höhere Löhne verschafft, ihr sollt die Gewerkschaft auch als einen Kulturhebel ersten Ranges schätzen lernen. Die Gewerkschaft soll euch führen aus unbeholfener Unwissenheit an die Quellen besseren Wissens, höherer Bildung und Kultur. Vergeßt nicht über die Nöte des Alltags eure Pflichten als Mensch, der sich erheben soll aus den Niederungen der Unkultur zu den Höhen der Menschheit! Wahrhaft frei machen nur Wissen und Bildung und wer dies nicht zu erringen sucht, wird es höchstens zu einem gutbezahlten Diener barbarischer Zustände bringen!

Wenn ihr euch aber wahrhaftes Wissen und höhere Bildung errungen habt, dann wird auch euer Blick freier werden und hinausschweifen aus der häuserquetschenden Enge des tristen Alltagsdaseins in das große Getriebe des Geistes- und Wirtschaftslebens. Dann werdet ihr eure Umwelt begreifen lernen und zielklar im Wort und in der Tat werden. Und dann werdet ihr auch begreifen lernen, daß es vielfach im Leben nötig sein wird, höherstrebende Wünsche und Forderungen auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, ihr werdet Wirklichkeitssinn erhalten und Erreichbares von derzeit Unerreichbarem zu unterscheiden verstehen.

Dann aber werdet ihr auch die Handlungen eurer Gewerkschaftsangestellten besser zu würdigen verstehen. Ihr werdet deren schweres Amt begreifen lernen, ihr werdet verstehen lernen, weshalb der Gewerkschaftsangestellte oftmals mit manchen Wünschen und Bestrebungen nicht konform gehen kann, weil auch unserm Streben und Ringen im Bereich der Wirklichkeit Grenzen gesteckt sind.

Gestaltet euren im Gewerkschaftsdienst stehenden Angestellten das Leben nicht noch bitterer, anstrengender und aufreibender, als es heute ohnehin schon ist! Damit erhaltet ihr ihnen die geistige Elastizität und die nötige Nervenkraft zur Vertretung euerer Interessen und sie werden freudiger für euch wirken und einstehen, als wenn ihr ihnen ungerechterweise schwere Stunden bereitet! Schaut zu ihnen mit Vertrauen auf und ihr werdet sie arbeitsfreudiger und mutiger machen, womit euch und ihnen am besten gedient ist. Schont eure Gewerkschaftsangestellten! Dann schont ihr die Kräfte der Bewegung und damit die eigene Kraft!

Wem gilt das?

„**Die Lage der deutschen Hartstein-Industrie** ist zur Zeit, wie allerwärts, keine erfreuliche; aber sie ist anscheinend auch keine gerade hoffnungslose. Eine wesentlich bessernde, anhaltende Aufwärtsbewegung dürfte aber nur mit der allgemeinen Hebung der politischen und wirtschaftlichen Lage und bei gefestigten Zuständen des Landes zu erwarten sein, **namentlich, bevor nicht das arbeitende Volk, das noch im Banne kurzsichtiger und egoistischer Gewerkschaftslohnpolitik beharrt, nicht nur erst richtig die wahre Sachlage des Vaterlandes erkannt hat, sondern auch danach vernunftgemäß handelt, und nicht mehr blind vertrauend seinen, meist recht zweifelhaften Führern, nachfolgt.** Leider erweckt es aber immer noch den Eindruck, als ob zu einem solchen Beginnen erst noch der nötige ernste Nachdruck von seiten unserer Feinde erforderlich wäre."

Die vorstehende Betrachtung und Behauptung bildet den Schluß in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Der Stand der Hartstein-Industrie" in der Zeitschrift „Der Steinbruch" vom 13. März. Sein Verfasser ist ein Geheimer Baurat Herr **Graevell**. Dieser Schluß steht mit dem sonstigen sehr beachtenswerten Inhalt des Artikels nur mit seinem ersten Satz im Zusammenhang. Er bildet im übrigen eine Sache ganz für sich und sucht mit wenigen Worten etwas abzutun, was zum Widerspruch reizen muß, weil Ursache und Wirkung verwechselt werden. Von unserm Standpunkt aus gesehen, ist dazu folgendes zu sagen:

Dem „arbeitenden Volk" ist es ja schließlich schnuppe, wie ein Geheimer Baurat sich die Hebung der politischen und wirtschaftlichen Lage denkt und wie er aus den gegenwärtigen Verhältnissen schlußfolgert. Umgekehrt wird es dem Baurat schließlich auch gleichgültig sein, wie seine Ansicht vom „arbeitenden Volk" eingeschätzt wird, denn er hat sie schriftlich niedergelegt für die Arbeitgeber und die halten das Geschriebene selbstverständlich für richtig. Welche Vorgänge der Verfasser bei der Niederschrift in der „egoistischen Gewerkschaftslohnpolitik" im Auge hatte, können wir natürlich nicht wissen, müssen jedoch annehmen, weil sein Artikel die Steinindustrie behandelt, daß seine allgemeine Behauptung ebenfalls auch den Steinarbeitern gelten soll; sie kann deshalb nicht unwidersprochen bleiben. So etwas flattert in die Kreise der Natursteinindustrie hinaus und wird die nach unserer Meinung sowieso schon recht schiefe Anschauung über Lohnpolitik bei einer Anzahl der Arbeitgeber in der Steinindustrie noch mehr verbiegen. Gedenken wir nur der Löhne speziell in der deutschen Hartstein-Industrie und ziehen dann Vergleiche mit den Löhnen anderer Berufe und den tatsächlichen Lebensanforderungen, dann ist die Behauptung des Geheimen Baurats wirklich nur leeres Gerede. Wir hätten bald geschrieben „Geschwätz", doch es klingt wenig respektvoll in einer Polemik und haben es deshalb unterlassen. Wir empfehlen dem Herrn Baurat aber dringend, sich einmal die Lohnunterlagen aus den **schlesischen, sächsischen, thüringischen, rheinischen** und **bayrischen** Hartsteingebieten zu verschaffen und sie in Parallele zu stellen, wie oben bereits angedeutet wurde, und wenn er dann noch seine Behauptung von „egoistischer Gewerkschaftslohnpolitik" aufrecht erhält, dann muß er sich schon gefallen lassen, als „recht zweifelhafter" Weltfremder zu gelten, wenigstens unter den Steinarbeitern, die ja auch einen wichtigen Bestandteil in der Steinindustrie repräsentieren.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist schon immer nach Meinung nicht weniger an allem schuld gewesen. Diesen alten Singsang kennen wir zur Genüge, auch jenen Hinweis auf die Lage des Vaterlandes. Das ist die altväterliche Anschauung von Herr und Knecht, und wer als solcher gilt, soll es bekanntlich bleiben, soll erbärmlich wohnen, sich mangelhaft kleiden, und möglichst wenig essen. Daneben vor Hochachtung und Respekt gegen seinen Herrn nicht in dessen Nähe zu atmen wagen, viel weniger etwa riskieren mit Forderungen zu kommen; denn was will er? für ihn sort ja die Einsicht seines Arbeitgebers und wenn der es nicht besser kann, dann liegt es sicherlich an der Lage des Vaterlandes, dann sind es womöglich die Feinde, die an der Grenze stehen. Es fehlt in diesem Zusammenhang nur noch der liebe Gott, um den Ring der alten Ermahnungen zu schließen!

Man muß sich wirklich wundern, daß für die gegenwärtigen Schwierigkeiten keine andern egoistisch treibenden Kräfte als die gewerkschaftliche Lohnpolitik angeführt werden, sie sind doch gewiß nicht so verborgen tätig, um etwa nicht gesehen und dauernd beobachtet zu werden? Wo bleiben die Preistreiber in der Landwirtschaft? Die Devisenspekulanten? Die Schieber und Wucherer auf allen Gebieten? Die Leute mit Millionen-Einkünften? Die Kartelle, Ringe, Trusts und Konzerne? Die sabotierenden Geheimräte in der Republik? usw. Dort sind die treibenden Kräfte zu suchen, die gegen jede Vernunft, die Lage des Vaterlandes und seines „arbeitenden Volkes" verhunzen und verschlechtern und die mit den äußeren Feinden bewußt und unbewußt den nötigen Nachdruck auf unsere Lebenslage ausüben! **Die Gewerkschaftslohnpolitik ist nur die Folgewirkung aus den Taten und Unverschämtheiten dieser treibenden Kräfte und Kreise heraus!** Dort die Ursache, hier die Wirkung und nicht umgekehrt. Wer anders urteilt, leidet entweder an einem Denkfehler oder er will aus Solidarität mit jenen, also absichtlich, zwei Religionen gelten lassen. Eine für sich und die andere fürs „arbeitende Volk". Die Grundidee gipfelt in folgendem:

„Der satte Reichtum hat's ausgedacht, daß Armut niemanden Schande macht. Die Schlemmer lehren am vollen Tisch, wie Salz und Brot hält die Wangen frisch. Die Trauben gurren vom Dachesrand: „Nehmt lieber den Sperling in der Hand . . . Und die Dummen faßten den Mehrheitsbeschluß, daß stets der Klügere nachgeben muß."

Und das deutsche Unternehmertum (wozu auch jene aus der Steinindustrie zählen)? — Es schimpft über hohe Arbeiterlöhne und feilscht um jeden Groschen Lohnzulage! Es sperrt aus, wo es die Macht zu haben glaubt, wettert gegen den Achtstundentag und die sonstigen Arbeiterrechte. Die fortschreitende Entwertung der Kaufkraft der Mark belebt den Ausverkauf Deutschlands vom neuen. Die Rohstoffe müssen wieder teurer vom Ausland eingekauft werden, wodurch die Inlandsverkaufspreise aller Waren sich immer mehr den Weltmarktpreisen nähern. Wo bleiben da die Einkommen der lohnarbeitenden Bevölkerung? — Sie halten mit den enormen Preissteigerungen nicht Schritt. Die Industrien machen nach wie vor glänzende Geschäfte, denn auf Kosten der geringen deutschen Löhne schlagen sie fast jede ausländische Konkurrenz. Der deutsche Arbeiter kommt im Auslande immer mehr in den Ruf eines Lohndrückers. Wehrt er sich nun gegen die fortschreitende Verkümmerung, dann sagt man: Es ist kurzsichtige und egoistische Gewerkschaftslohnpolitik. Nein! Herr Geheimer Baurat Graebell, die Steinarbeiter gestatten sich darüber eine andere Meinung zu haben.

Wir könnten noch einiges schreiben zu der Bemerkung „meist recht zweifelhaften Führern", wollen es jedoch unterlassen, denn ein altes Sprichwort sagt: „Wem die Jacke paßt, der zieht sie an!" Uns paßt sie nicht, sie paßt keinem führenden und Verantwortung tragenden Kollegen in unserer Industrie. Sie gehört gewiß jenen, die vor wenigen Monaten aus dem Kapp-Putsch unseligen Angedenkens vor dem Reichsgericht standen und eine wirklich jämmerliche Figur dort abgaben. Jene hatten durchaus nichts führendes an sich, obgleich sie sich als solche selbst ausgerufen hatten. Eine passende Jacke, meinetwegen eine Zwangsjacke, nach mittelalterlichem Muster hätte durchaus nichts geschadet, um diese „recht zweifelhaften Führer" von ihrem direkt verbrecherischen und egoistischen Wahnsinn gründlich zu kurieren. Denn sie haben damals nicht nur „die wahre Sachlage des Vaterlandes" verkannt, sondern dazu beigetragen, daß der „ernste Nachdruck von seiten unserer Feinde" recht empfindlich wurde, woran das „arbeitende Volk" heute noch zu würgen hat.

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Reorganisation unseres Verbandes oder Baugewerksbund? Innerhalb unseres Verbandes wird die Frage diskutiert, ob es für uns als Steinarbeiter vorteilhafter ist, uns mit dem Baugewerksbund zu verschmelzen oder den Berufsverband besser auszubauen. Der Zentralvorstand und einige Kollegen aus dem Reiche haben sich in verschiedenen Artikeln für und gegen die Verschmelzung ausgesprochen. Die Meinungsverschiedenheiten sind heute innerhalb unserer Organisation noch verschieden. Wohl die Mehrheit unserer Großstadtkollegen sind erfüllt von der Ueberzeugung, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Konzentration des Kapitalbesitzes und die Vereinigung der Unternehmerinteressen, uns zur Schaffung von großen Arbeitnehmerverbänden zwingen. Seit 1892, wo der Erste Deutsche Gewerkschaftskongreß in Halberstadt getagt hat, wird von einzelnen die Gründung von Industrieverbänden propagiert und es sind in der Zeit auch einige Industrieverbände entstanden. Auch wir haben außer den politischen, wirtschaftliche Gründe, uns einer Industrieorganisation anzuschließen. Erstens ist es für die Arbeiter eines Betriebes oder Berufsgruppe vorteilhafter, wenn sie einer Arbeitnehmerorganisation angeschlossen sind, um dann bei den Verhandlungen auch einer Unternehmerorganisation gegenüberzustehen. Wir sind zum Beispiel im Dornaper Kalksteingebiet mit einer ganzen Reihe von Verbänden Tarifkontrahent und es liegt klar zutage, daß die Meinungsverschiedenheiten unter diesen Kontrahenten mitunter sehr groß sind, zumal bei einer Bewegung. Bezüglich der Lohnforderungen treten wohl die meisten Meinungsverschiedenheiten zutage. Jeder Verband glaubt die höchsten Forderungen stellen zu müssen und daher ist bei den Verhandlungen oft genug, zum Schaden der Arbeiter, keine Einigung vorhanden. Zweitens würden durch die Schaffung von Industrieverbänden die Grenzstreitigkeiten beseitigt, die heute kein Ruhmesblatt in der deutschen Arbeiterbewegung einnehmen. Drittens, die wirtschaftspolitischen und Sozialisierungsfragen wären für die Gesamtbelegschaft von gleichem Interesse. Die kapitalkräftigen Industrieorganisationen wären auch eher in der Lage, für die Schulung der Betriebsräte, Betriebsobleute und sonstigen Funktionären mehr zu tun. Die eigentlichen Industrieorganisationen sind ja so leicht noch nicht zu bilden, da einzelne Gewerkschaften noch sehr zurückhalten. Aber der Zusammenschluß zu einem Baugewerksbund, wie wir ihn vorläufig haben wollen, ist durchführbar. Bedauerlich ist es ja, daß einzelne große Organisationen dieser Bewegung noch gänzlich abseits stehen. Es wird an uns selbst liegen, diese Bewegung weiterzuführen, bis alle im deutschen Baugewerbe tätigen Gewerkschaften zu einem Baugewerksbunde zusammengeschlossen sind.

Es sprechen ja auch Momente dagegen, welche soweit von einigen Kollegen schon angeführt sind, so z. B. die Freizügigkeit bei Lohnbewegungen ist in keinem Verbande so groß wie bei uns. Auch sind wir uns darüber klar, daß es den Großstadtkollegen in einem Baugewerksbund nicht mehr so leicht gelingt, über die Löhne der Bauhandwerker hinauszukommen. Die Erfahrung lehrt, daß da, wo die Industrieverbände bestehen, wo also verschiedene Gruppen zusammenarbeiten, einzelne Gruppen ihre oft berechtigten Forderungen zugunsten anderer Gruppen oft zurückstellen müssen. Mit Recht verlangen wir höhere Löhne als die Bauarbeiter, insbesondere der Sandsteinarbeiter hat unter der Einwirkung des Staubes und durch die Schwere des Berufes, mehr an Gesundheit und Kräfteverbrauch zu leiden als der Bauarbeiter. Der Bauarbeiter behauptet aber auf der andern Seite, er müsse dem Steinarbeiter mindestens gleichstehen, weil er doch Saisonarbeiter sei. Ferner wird es Unzufriedenheiten unter den Steinarbeitern geben, wegen der Beschickung der Verbandstage und einen Einfluß auf deren Zusammensetzung und Beschlüsse des Verbandstages könnten wir nicht mehr ausüben. Nach meiner Meinung wiegen aber alle diese Gründe die höheren Ziele nicht auf.

Sollte die Anschließung an den Baugewerksbund auf dem Verbandstage nicht beschlossen werden, so muß aber meines Erachtens unser Verband reorganisiert werden. Wir könnten unsere Mitgliederzahl bedeutend erweitern, wenn uns die notwendigen Kräfte zur Verfügung ständen. Es wäre daher Aufgabe des Verbandstages, die Gaue so einzuteilen, daß sie geographisch besser zu bearbeiten sind, wodurch Zeit und Geld gespart werden könnte. Es müßten auch einige Gaue mehr geschaffen werden, damit in der Agitation mehr unternommen werden könnte. Unser Verband hat noch eine große Entwicklungsmöglichkeit und hätten wir früher nicht am falschen Ende gespart, dann könnten wir im 5. Gau allein einige tausend Mitglieder mehr haben. Unsere Organisation muß auf eine breitere Grundlage gestellt werden, das kann aber nur geschehen, wenn der ADGB. die häßlichen Grenzstreitigkeiten beseitigt. Ob dieser nun wirklich die Kraft und die Macht dazu besitzt, ist zu bezweifeln. Vor allem muß sich der Gewerkschaftskongreß einmal eingehend mit dieser Frage beschäftigen.

Jak. Braun.

*

Zum Baugewerksbund. In einem „Warum brauchen wir den Baugewerksbund" überschriebenen Artikel schreibt der „Grundstein" u. a.:

„Die Gründung des Deutschen Baugewerksbundes ist angeregt worden zu einer Zeit, als für diejenigen, die sehen wollten, immer deutlicher wurde, daß die bisherige Gewerkschaftsarbeit zur Erfüllung des ursprünglichen Gewerkschaftszweckes nicht mehr ausreicht, daß die Gewerkschaften neue Wege begehen, neue Aufgaben übernehmen, neue Kampfmittel suchen müssen, wenn sie ihr ursprüngliches Ziel: eine Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder herbeizuführen, ohne Schädigung der Gesamtarbeiterschaft noch erreichen wollen."

Unseres Wissens ist es den Gewerkschaften nie eingefallen, die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder allein erreichen zu wollen, sondern nur in Verbindung mit dem politischen und genossenschaftlichen Kampf ohne dessen fernere Förderung selbst die größten Anstrengungen der Gewerkschaften zur Ohnmacht verurteilt wären. Selbstverständlich haben sich die Gewerkschaften den neuen Verhältnissen anzupassen und uns ist keine bekannt, die es nicht bereits getan hat, wie wir es auch für selbstverständlich halten, daß die Anpassung an die neuen Verhältnisse eine ständige sein muß. Nicht aber verstehen wir darunter, unsere bisherige Gewerkschaftspolitik, der wir die bisherigen Erfolge zum großen Teil verdanken, ins alte Eisen zu werfen und dem Bauarbeiterverband zuliebe „Alles auf eine Karte" — den Verband sozialer Baubetriebe — zu setzen. Das hieße nichts anderes, als in den unionistischen Schlachtruf einstimmen: „Die Gewerkschaften haben sich überlebt, sie sind nicht mehr existenzberechtigt." Alle Achtung vor dem Verbande sozialer Baubetriebe, doch die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens kann er selbst unter Mithilfe aller baugewerblichen Arbeiter nicht durchführen. Ohne die Ueberführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum, ist auch das Bau- und Wohnungswesen nicht zu sozialisieren. Die Grund- und Bodenreform muß aber wohl den politischen Machtfaktoren überlassen bleiben, selbstverständlich unter Geltendmachung unseres gewerkschaftlichen Einflusses. Günstigstenfalls kann der Verband sozialer Baubetriebe so preisregulierend auf die Baukosten und Wohnungsmieten wirken wie die Konsumgenossenschaften auf die von ihnen vertriebenen Waren. Die Sozialisierung kann nur das Ergebnis eines systematischen, sozialen Wandels der Weltwirtschaft sein, beginnend bei dem Grund und Boden, den Erdschätzen, wie Kohle, Erze, Mineralien, denen sich die Gewinnungs- und Verarbeitungsindustrien und schließlich die Verteilungsfaktoren anschließen. Daß sich eine sozialisierte Insel inmitten eines kapitalistischen Weltgetriebes nicht halten kann ist mehr als einmal erwiesen.

Worin bestehen nun die neuen Aufgaben der Gewerkschaften? Hauptsächlich in der Wahrnehmung der den Mitgliedern aus den neuen Gesetzen zustehenden Rechte, vornehmlich des Betriebsrätegesetzes. Die neuen Wege zur Erfüllung der neuen Aufgaben liegen meist auf erzieherischem Gebiete. Zunächst gilt es recht viele Mitglieder der neuen Betriebswissenschaften teilhaftig werden zu lassen, was auch für die beginnende Sozialisierung unerläßlich ist. Ohne Verständnis für die Betriebsnotwendigkeiten keine vernünftige Betriebsweise.

Doch welche neuen Kampfmittel sollen wir ergreifen, um schneller den gewollten Zweck zu erreichen? Der Bauarbeiterverband empfiehlt die Aufnahme bzw. die Beteiligung am Konkurrenzkampfe zwischen den sozialen und den privatkapitalistischen Baubetrieben. An die Stelle des Kampfes um höhere Löhne, soll der Kampf um die Herabsetzung der Lebenshaltungskosten treten. Liegt hierin nicht die bewußte oder unbewußte Behauptung, daß „die hohen Löhne" an den hohen Preisen schuld sind und daß es nur des „Bescheidens" der Arbeiter bedarf, um der Teuerung Einhalt zu gebieten? Und glauben die „Seher" im Bauarbeiterverbande denn wirklich, daß der Einfluß der sozialen Baubetriebe im Laufe absehbarer Zeit größer werden wird, als der der Konsumgenossenschaften? Wir glauben es nicht, so sehr wir es auch wünschen.

Jedenfalls ist die Gründung des Baugewerksbundes deswegen nicht vonnöten. Die Förderung des Verbandes sozialer Baubetriebe, mit andern Worten, seine Finanzierung, kann auch ohne ihn geschehen. Die sonstigen dem Baugewerksbund zugedachten Aufgaben können durch die in Betracht kommenden Gewerkschaften ebenso gut, durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, d. h. durch eine Mitwirkung aller Gewerkschaften aber noch besser erfüllt werden. Wozu noch die Schaffung eines Bundes im Bunde. Die Vereinheitlichung des Beitrags- und Unterstützungswesens kann viel umfassender durch den ADGB. als durch den Baugewerksbund geschehen. Die Schulung der Mitglieder, das ganze Bildungswesen kann durch den ADGB. viel planmäßiger und weitgehender gefördert werden. Anfänge hierzu sind in den Wirtschaftsschulen und der Frankfurter Arbeiterakademie bereits vorhanden, an deren Beschickung auch unser Verband sich beteiligen wird, wenn der Verbandstag das selbständige Fortbestehen unseres Verbandes beschließt. Als Schüler sind junge, ledige Kollegen in Aussicht genommen, die möglichst im Vollbesitz ihrer Kraft und Fähigkeit in die leitenden Stellen des Verbandes nach Bedarf einrücken sollen.

Nachdem die Bemühungen des Bauarbeiterverbandes, alle in Aussicht genommenen Gewerkschaften zur Bildung des Baugewerksbundes zu bewegen, gescheitert sind, beabsichtigt der Bauarbeiterverband wie bereits in Nr. 6 des „Steinarbeiter" berichtet wurde, die Gründung des Bundes durch eine Namensänderung und die Ausdehnung seines bisherigen Wirkungskreises vorzunehmen. Letztere ist ohne Verletzung nachbarlicher Rechte nicht zu erzielen. Wenn sich der Geltungsbereich nur auf die Industrie der Steine und Erden erstrecken soll, soweit die Berufsliste des ADGB. nicht andere Organisationen als zuständig feststellt, so müßte der Baugewerksbund auf die Steinindustrie verzichten, denn für diese ist in ihrer ganzen Verzweigtheit der Steinarbeiterverband zuständig.

Der deutsche und französische Steuerzahler.

In den französischen Kammerdebatten der letzten Wochen war die Frage, ob der Bürger der alliierten Staaten unter einem größeren Steuerdrucke stehe als der deutsche, Gegenstand lebhafter Diskussion. Auch die französischen Zeitungen haben in der letzten Zeit wiederholt in mehr oder weniger umfangreichen Darstellungen versucht, zu zeigen, daß der deutsche Volksgenosse tatsächlich weniger an Steuern zahle als der Franzose oder der Engländer, Versuche, die von einigen Zeitungen anderer alliierter Länder unterstützt wurden.

In der Tat ist die Frage der steuerlichen Belastung in Deutschland und den alliierten Ländern von weittragender Bedeutung; rührt sie doch an den Kernpunkt des ganzen Reparationsproblems: die Leistungsfähigkeit Deutschlands! Bekanntlich soll nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Reparationskommission bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands darauf achten, daß das deutsche Steuersystem verhältnismäßig ebenso schwer ist, wie das des stärkstbelasteten Landes innerhalb der Reparationskommission.

Es muß anerkannt werden, daß der französische Ministerpräsident Poincare in seinen letzten Parlamentsreden trotz manch schiefer Urteile sich immerhin von den ungeheuerlichen Uebertreibungen fernhielt, die in französischen Zeitungen noch immer eine Stätte finden, und zugab, daß die Beweisstücke, die als Grundlage für die Deutschland gemachten Vorwürfe dienen, angezweifelt werden. Poincare meint, ein Vergleich zwischen den Steuerzahlern der einzelnen Länder sei schwierig, aber es sei doch die Behauptung gestattet, daß die deutschen Steuerleistungen vollständig ungenügend seien.

Es sei uns nun die Behauptung und auch die Beweisführung gestattet, daß der Steuerdruck in keinem Lande so groß ist wie in Deutschland. Wir wollen uns nicht berufen auf das Urteil der Sachverständigen der alliierten Mächte auf der Brüsseler Konferenz im Jahre 1920, die erklärten, daß bereits die damaligen Tarife der direkten Steuern das Höchstmaß erreicht hätten, und daß später sogar, wenn die Veranlagungsbehörden sich eingearbeitet hätten, im fiskalischen und wirtschaftlichen Interesse eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sei. Die deutsche Regierung hat trotz dieses Urteils und trotz der steigenden Geldentwertung, die an sich schon stärker gewirkt hat als neue Steuern, an einem starken Ausbau des gesamten Steuersystems gearbeitet. Nur die Einkommensteuer wurde, um der auf den 25. Teil der Friedensmark gesunkenen Kaufkraft der Mark etwas gerecht zu werden, für die unteren und mittleren Einkommen ermäßigt; eine Maßnahme, deren Berechtigung nunmehr auch im Ausland anerkannt wird.

Eine exakte und lückenlose vergleichende internationale Finanzstatistik ist bei dem Stande der amtlichen Statistik sämtlicher Länder noch ein Gegenstand des Wunsches; heute bei der völligen Verschiedenheit des Standes der Valuta, der inneren Kaufkraft des Geldes, der Vermögens- und Einkommensverteilung sowie der Lebenshaltung in den einzelnen Ländern mehr denn je. Trotzdem ist, wenn man von der inneren Kaufkraft des Geldes in den Vergleichsstaaten ausgeht, ein wenn auch nicht vollständiger, so doch durchaus stichhaltiger Vergleich möglich. Wir wollen, um allen Vorwürfen aus dem Wege zu gehen, gern Konzessionen machen und für die Bemessung der Kaufkraft den September des laufenden Jahres, seit dem wir in Deutschland Preissteigerungen um nahezu das Doppelte erlebt haben, zum Ausgangspunkt nehmen und die letzte Abänderung der Einkommensteuer berücksichtigen.

In Deutschland zahlt ein unverheirateter Steuerpflichtiger nach Abzug der ihm zustehenden Ermäßigungen bei einem Arbeitseinkommen von 20 000 M. 6,1 Prozent gleich 1220 M., von 24 000 Mark 6,7 Prozent gleich 1620 M., von 30 000 M. 7,4 Prozent gleich 2220 M. seines Einkommens an Einkommensteuer, während ein Einkommen gleicher innerer Kaufkraft in England und Frankreich steuerfrei ist. Bei einem Einkommen von 50 000 M. sind in Deutschland 8,4 Prozent, in England 4,5 Prozent und in Frankreich nur 2,75 Prozent, bei einem Einkommen von 100 000 M. in Deutschland 15,5 Prozent, in England 10,5 Prozent, in Frankreich gar nur 5,5 Prozent des Einkommens zu zahlen. Diese wenigen Ziffern reden eine so eindringliche Sprache, daß sie eines Kommentars nicht bedürfen. Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Vergleichung der Belastung eines unverheirateten Handel- und Gewerbetreibenden, der ein Einkommen von 500 000 M. bezieht, er muß in Deutschland an Einkommensteuer 32,1 Proz., bei einem entsprechenden Einkommen in England 24,9 Prozent und in Frankreich 17,4 Prozent des Einkommens als Steuern entrichten. Ist der gleiche Steuerpflichtige verheiratet und Vater von zwei Kindern, so bleibt in Deutschland der Steuersatz der gleiche, während er sich in England auf 22,8 Prozent und in Frankreich auf 15 Prozent ermäßigt. Nehmen wir zum Schluß noch einen unverheirateten Kapitalrentner mit einem Renteneinkommen von 50 000 M., so hat dieser in Deutschland 18,5 Prozent, in England 6 Prozent, in Frankreich 10,7 Prozent seines Einkommens an den Staat abzuliefern.

Würde man zu der Einkommensteuer den ganzen Komplex der Besitzsteuern, der nach Verabschiedung der neuen Gesetzentwürfe eine in dieser Schwere in keinem Lande der Welt bekannte Belastung des Vermögens bedeutet, hinzurechnen, so würden die Ziffern noch ganz andere Unterschiede aufweisen. Man hat nun auf der Gegenseite den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß einzelne Verbrauchssteuern dort höher sind als bei uns, ohne zu bedenken, daß auch die sogen. direkten Steuern, z. B. die Einkommensteuer, letzten Endes die Person des Verbrauchers treffen. Und wenn man ausrechnet, daß in den alliierten Ländern der Ertrag von Verbrauchssteuern pro Kopf der Bevölkerung größer ist als bei uns, so vergißt man die einfache Tatsache, daß der auf den einzelnen entfallende Verbrauch in dem verarmten Deutschland bedeutend geringer ist als in den Ländern mit günstigeren Wirtschaftsverhältnissen. Die steuerliche Belastung in einem Lande kann im Grunde nur dann wirklich berechnet werden, wenn man zweifelsfrei feststellt, welches Einkommen der einzelne im Durchschnitt bezieht und was ihm nach Abzug der Steuern zum Leben verbleibt. Stellt man fest, was nach Abzug sämtlicher Steuern dem einzelnen im Durchschnitt zum Lebensunterhalt von seinem Staate gelassen wird, so ergibt sich bei Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes, daß dem Franzosen nach den Zahlen des Völkerbundes fast das Vierfache, nach den Zahlen französischer Sachverständiger immerhin mehr als das Doppelte des dem Deutschen zur Verfügung stehenden Betrages verbleibt.

Es ist nicht recht verständlich, wie man trotz dieser leicht vermehrbaren und leicht nachzurechnenden Zahlen immer wieder die alten Vorwürfe gegen Deutschland erhebt, daß die deutschen Volksgenossen geringer mit Steuern belastet seien als die Angehörigen der alliierten Länder. Auf die Dauer wird man sich der Beweiskraft unbestreitbarer Zahlen nicht verschließen können.

Ueberbesteuerung der kleinsten Einkommen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist derjenige Steuerpflichtige, dessen Einkommen im Kalenderjahr 1921 aus Arbeitseinkommen unter 24 000 M. bestand, zur Abgabe einer Steuererklärung nur dann verpflichtet, wenn ihm von seinem Finanzamt ein Formular zugestellt worden ist. Nach § 49 Ziffer 1 können solche Steuerpflichtige Veranlagung beantragen, wenn der Unterschied zwischen dem einbehaltenen Betrag und dem auf die Veranlagung zu erhebenden Betrag 15 M. übersteigt. Jedem Arbeitnehmer mit Einkommen unter 24 000 M. ist zu raten, Veranlagung zu beantragen.

Einige Beispiele mögen diese Notwendigkeit erläutern:

Ein verheirateter Angestellter: Jahreseinkommen 19 220.— M.
durch Steuermarken entrichtete Steuer . . . . 1 104.70 „

Die Berechnung der Steuer ist folgende:

10 Prozent vom auf volle 100 nach unten abgerundeten Jahreseinkommen . . . . . 1 920.— M.
davon ab
1. für sich . . . . . 120.— M.
2. für seine Ehefrau . . . . . 120.— „
3. Werbungskosten . . . . . 180.— „ 420.— „
1 500.— M.

Von dem so errechneten Betrag werden für das Steuerjahr nur 75 Prozent, also 1125 M., erhoben. Er hat gezahlt 1196.70 M., so daß rückzuerstatten wären 69.70 M. Diesen zuviel gezahlten Betrag kann der Angestellte nur dadurch zurückerhalten, daß er besondere Veranlagung beantragt.

Welcher Steuerpflichtige weiß, daß er für 1921 zuviel Steuern entrichtet hat? Daß obiges Beispiel nicht vereinzelt dasteht, mögen die folgenden beweisen:

Ein Arbeiter (verheiratet), 1 Kind, Jahreseinkommen 14 637 Mark, durch Steuermarken entrichtete Steuer 695.30 M. Die Berechnung der Steuer ist folgende

10 Prozent vom auf volle 100 nach unten abgerundeten Jahreseinkommen . . . . . 1 460.— M.
davon ab:
1. für sich . . . . . 120.— M.
2. für seine Ehefrau . . . . 120.— „
3. für sein Kind . . . . . 180.— „
4. Werbungskosten . . . . . 180.— „ 600.— „
860.— M.

Von dem so errechneten Betrag 75 Prozent, das sind 637.50 M., mithin in diesem Falle zu erstatten 157.60 M.

Ein Arbeiter (verheiratet), Jahreseinkommen 14 251 M., davon zu entrichtende Steuer 1420 M.; frei sind 420 M. Die für 1921 zu zahlende Steuer beträgt 75 Prozent von 1000 M., das sind 750 M. Dem Arbeiter wären also zu erstatten 209.50 M.

Diese Beispiele, aus dem täglichen Leben gegriffen, ließen sich beliebig vermehren.

Da der Termin zur Steuerveranlagung am 15. März abgelaufen ist, ist Ueberbesteuerung der geringsten Einkommen nur dadurch unmöglich zu machen, daß für alle Arbeitnehmer mit Einkommen unter 24 000 M. eine besondere Frist neu festgesetzt wird.

Das Volkslied.

Wohin du immer wanderst auf diesem Erdenrund,
Es spricht zu dir im Liede des Volkes Klagemund.
Es ist dieselbe Weise und gleiche Melodie,
die aller Orten laut wird, und du vergißt sie nie.
Ob du den Fellah hörest, wenn er das Schöpfrad dreht,
und ob den nord'schen Bauer, wenn hinterm Pflug er geht.
Der Slawe und der Ire und der Romane singt
sein schwermutsvolles Liedlein, das dir zu Herzen dringt.
Es tönet wie ein Murmeln von tausendjähr'gen Leid,
wie die gepreßte Stimme, die leis um Hilfe schreit.
Und nach des Elends Ende, ein Sehnen, tief und bang,
wie eine Prophezeiung hörst du aus diesem Sang.

L. Jacobi.

den wir mit vollem Recht Industrieverband der Steinarbeiter Deutschlands nennen könnten. Zwar weist die Leitung des Bauarbeiterverbandes die Absicht des gewerkschaftlichen Imperialismus weit von sich, in der Wirkung läuft ihr Bestreben jedoch darauf hinaus. Anstatt Grenzstreitigkeiten nach Möglichkeit vorzubeugen, werden sie durch die Maßnahmen des Bauarbeiterverbandes direkt herbeigeführt. Durch sein Verhalten hat der Bauarbeiterverband eine bedauerliche Verwirrung in unsern Mitgliederkreisen angerichtet. Das beweist die bereits geführte Debatte an dieser Stelle. Auch der vorstehende Artikel von dem Gauleiter Braun. Es ist grundfalsch, die wichtige Angelegenheit nach den unangenehmen Organisationsverhältnissen eines Bezirks schlußfolgernd zu behandeln. Was heißt weiter „Verband auf eine breitere Grundlage stellen?" Das sind Redensarten, wo man nichts oder alles hinter suchen kann.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen findet ein offenes Ventil in der vom Bauarbeiter-Verband ausgehenden Bundespropaganda. Statt sich auf seine eigene Kraft zu besinnen, sieht ein Teil unserer Kollegen im Bauarbeiter-Verbande bzw. Baugewerksbunde den Helfer in der Not, gegen den er sich mit der gleichen Schärfe wenden wird, wenn seine Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Letztere können sich nicht erfüllen, weil die Machtverhältnisse zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Steinindustrie die gleichen bleiben. Angebot und Nachfrage bleiben in unserer Industrie auch durch eine Verschmelzung völlig unberührt. Leistungsfähiger können wir, soweit die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Frage kommt, durch den Zusammenschluß mit einem größeren Verbande nicht werden, und bezüglich der Unterstützungseinrichtungen können wir dasselbe leisten wie der Bauarbeiter-Verband, wenn die Kollegen bereit sind, die gleichen Beiträge zu entrichten.

Die bevorstehende Verbandstag gibt den Kollegen die Möglichkeit, den Ausbau ihres Verbandes nach jeder Richtung vorzunehmen. Notwendigen Reformen innerhalb des Verbandes steht auch der Vorstand fördernd gegenüber, sie werden um so eher in die Tat umgesetzt sein, je eher wir von dem Bleigewicht der Verschmelzung befreit sind. Wird sie dennoch beschlossen, so wird sich auch der Vorstand damit abfinden. Bevor aber die Kollegen ihren eigenen Verband aufgeben, der ihnen in den zurückliegenden Jahrzehnten eine starke Stütze war, sollten sie des Spruches eingedenk werden:

„Eigener Herd ist Goldes wert!" Wkl.

Aus den Zahlstellen.

Göttingen. (Gaukonferenz 4. Gau.) Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wies Gauleiter Schlegel auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Konferenz hin und gedachte in warmen Worten der verstorbenen Kollegen Staudinger und Wiewig. Nach der üblichen Bureauwahl wurde festgestellt, daß von 51 Zahlstellen 31 vertreten waren. Dann gab Gauleiter Schlegel den Gaubericht über seine kurze Tätigkeit (14. Juli bis 31. Dezember 1921). Er führte in großen Zügen aus, wie schwer es heute bei den schlechten und teuren Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen sei, alle Sachen zugleich meistern zu können, was ja auch jedem vernünftig denkenden Kollegen einleuchtet, ferner sei nicht immer das gewünschte Material von der Zentrale zur Hand. Er hob hervor, daß es Pflicht eines jeden einzelnen wäre, mitzuarbeiten zum Wohle der Kollegen und der Organisation. Nachdem der Gauleiter noch die eingegangenen Anträge behandelt hatte, wurde sein Bericht zur Debatte gestellt. Es beteiligten sich an der Aussprache acht Kollegen, die alle mit der Tätigkeit des Gauleiters einverstanden waren; die Konferenz brachte dem Gauleiter ihren Dank zum Ausdruck. Es setzte dann anschließend eine Debatte über die Tätigkeit der Zentralleitung ein, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten und zum Schluß wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Gleichzeitig bedauert die Konferenz, daß die Zentrale nicht vertreten ist. Die Konferenz steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsvertrages nicht im Sinne der Kollegen sind und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen hindert. Unter Punkt 2 der Tagesordnung sind hervorzuheben (Stellungnahme zum Verbandstag) die Anträge der Zahlstellen Hildesheim, Einbeck, Hasserode und Wolfshagen: Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband. Gauleiter Schlegel gab im allgemeinen Aufklärung und verspricht sich nicht viel von einer Verschmelzung und fordert die Anwesenden auf, sich diese Frage reiflich zu überlegen. Die Debatte, die dann einsetzte, war eine sehr rege. Kollege Reinecke, Magdeburg, ergeht sich in längeren Ausführungen gegen eine Verschmelzung. Koll. Stapel, Hannover, bringt das Gegenteil und stellt fest, daß der verstorbene Koll. Staudinger selbst den Standpunkt vertreten hat, daß die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband anzustreben sei. Es traten ferner noch vier Kollegen den Ausführungen des Kollegen Stapel bei mit dem Leitsatz: „je größer die Organisation, desto größer die Schlagfertigkeit." Kollege Kiefer, Gudensberg, legt klar, daß die Pflaster- und Schotterindustrie der Hauptfaktor im Verband sei und sie an einer Verschmelzung kein Interesse hätten. Gauleiter Schlegel erwidert, daß der Sinn der vom Koll. Staudinger gemachten Aeußerungen ein anderer gewesen sei. Es wurde dann Schluß der Debatte beantragt und in namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 12 Stimmen eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag der Zahlstelle Osnabrück dem Verbandstag überwiesen. Der Antrag Hildesheim: Die Karrenzzeit fällt bei sämtlichen Unterstützungen weg. Zahlstelle Magdeburg: Streikunterstützung wird vom ersten Tag bezahlt. Der letzte Antrag wurde angenommen und Antrag Hildesheim abgelehnt. Ein Antrag der Zahlstelle Hasserode, allen Kollegen, ganz gleich wie lange organisiert, die gleiche Unterstützung zu zahlen, wird abgelehnt. Kollege Schmidt, Einbeck, weist darauf hin, daß das Akkordsystem durch das Lohnsystem ersetzt werden müsse, und der Reichstarif ihnen da hindernd im Wege steht. Er bittet dringend um Abhilfe. Die Konferenz beantragt für den Kasseler Basaltbezirk einen besoldeten Bezirksleiter anzustellen. Nachdem Gauleiter Schlegel noch über die Aufklärung des BRG. gesprochen und die Agitation behandelt hatte, dankte er allen Anwesenden und schloß der vorgerückten Zeit halber, da die meisten Kollegen fort mußten, die interessant verlaufene Konferenz.

Frankfurt am Main. Die vom 9. Gau Frankfurt zum 5. März 1922 einberufene Konferenz hatte folgende Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht des Gauleiters Koll. Menges, 2. Stellungnahme zum Verbandstag, a) Baugewerksbund, b) Tarif- und Schlichtungswesen. 3. Organisation und Agitation. Die Bureauwahl ergab Koll. Poth, Frankfurt, 1. Vors., Koll. Schmitt, Mayen, 2. Vors., Koll. Kehl, Frankfurt, 1. Schriftf., Koll. Heß, Wölferbütt, 2. Schriftf. Anwesend waren 31 Delegierte, die Gauleitung und vom Zentralvorstand Koll. Winckler. Kollege Menges berichtet über seine Tätigkeit, dabei gedachte er der verstorbenen Kollegen Staudinger und Herrmann. Die Beschäftigung der Steinmetzen im Gau war nicht gut; besser dagegen in der Schotterindustrie. Die Löhne in den Städten stiegen nach Vorkriegszeit um 2050 Prozent, die ländlichen um 2500 Prozent. Im allgemeinen steigern sich die Löhne der Steinarbeiter im Gau gleich mit den andern Hauptberufen. Fast die ganze Tätigkeit des Kollegen Menges war der Erledigung von Lohnbewegungen gewidmet. Die verschiedenen Schlichtungsausschüsse wurden 29mal angerufen. Grenzstreitigkeiten mit anderen Zentralverbänden gab es verschiedene, sie regelten sich; nur nicht mit den Fabrikarbeitern. Dann gab es noch Aergernisse mit der christlichen Organisation. Kollege Menges gab noch Ermahnungen über monatliche Abführungen der Gelder nach der Zentrale. An der Diskussion beteiligten sich die Koll. Erasmy (Trier), Sahrholz (Wiesbaden), Großmann (Mainz), Schmitt (Mayen), Selbmann (Lauterbach), Schulte (Kirn), Faust (Steinau), Slüttchen (Odernheim), Herget (Rachelshausen), Müller und Poth (Frankfurt). Mit der Tätigkeit des Kollegen Menges sind alle voll zufrieden. Im zweiten Punkt referierte Kollege Winckler zum Baugewerksbund. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit dem Artikel in Nr. 6 des „Steinarbeiter". Die Diskussion gestaltete sich lebhaft. Koll. Menges vertrat den Standpunkt, daß es unbedingt notwendig ist, dem Baugewerksbund beizutreten. Er hob hervor, daß der Zentralvorstand jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt als vor zwei Jahren. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Koll. Sahrholz, Kehl, Holzmüller und Poth, teils im befürwortenden, teils fraglichen Sinne zum Baugewerksbund. Auf Vorschlag des Koll. Poth wird jetzt wegen der vorgerückten Zeit Tarif- und Schlichtungswesen, Agitation und Organisation in einem Punkte debattiert. Koll. Menges referierte über Tarif und Schlichtungswesen und forderte eine bessere Schlichtungsordnung für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorgruppe, wie eine solche in der Schotter- und Pflastersteinbranche besteht. Des weiteren weist er auf den Widerstand der Unternehmer der Werksteinbranche hin, die sich weigern, mit uns Bezirkstarife abzuschließen. Des weiteren verlangt er mehr selbständiges Arbeiten der Zahlstellen. Folgende Anträge kommen zur Annahme: 1. In unserem Verbande nur fünf Beitragsklassen durchzuführen. 2. Eine Urabstimmung über den Beitritt zum Baugewerksbund stattfinden zu lassen. 3. Einen Beitrag von 50 Pf. pro Mitglied und Quartal an die Gauleitung abzuliefern. Abgelehnt wurde der Antrag Frankfurt: „Der Verbandstag wolle beschließen, dem neu zu schaffenden Baugewerksbund beizutreten und den Anschluß bis 1. Januar 1923 zu vollziehen unter völliger Wahrung unserer beruflichen Interessen." Ein Antrag Mayen über Anschluß an Gau 5 wird dem Zentralvorstand überwiesen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Reichenbach im Odenwald. Die am Sonntag, dem 12. Februar, tagende Mitgliederversammlung war mäßig besucht. Den Bericht von der Bezirkskonferenz in Bensheim gab der Kollege Ludwig Bernhardt. In längeren, leichtverständlichen Ausführungen gab er ein klares Bild über die einzelnen Punkte der der Konferenz unterbreiteten Tagesordnung. Im großen ganzen war die Versammlung mit der Tätigkeit des Bezirksleiters einverstanden. Die in der Konferenz gestellten Anträge zum Verbandstag fanden ebenfalls einstimmige Annahme. Ueber den Verbandstag 1922 wurde von seiten des Vorsitzenden einiges gesagt und die gestellten Anträge zum Statut einstimmig angenommen. Ueber die zu dem örtlichen Krankenstatut gestellten Verbesserungsanträge und die sich daraus notwendig machende Erhöhung des Lokalzuschlags zu den Beitragsmarken wurde sehr rege debattiert. Infolge des mäßigen Besuchs der Versammlung wurde Vertagung dieser Angelegenheit beantragt und soll in nächster Monatsversammlung endgültig darüber abgestimmt werden. Nachdem noch die neuen Forderungen des Zentralvorstandes vom 26. Februar an den VDG. den Kollegen unterbreitet wurden, kam der Kollege Ludwig Bernhardt noch auf einige Mißstände in der Beitragszahlung zu sprechen. Der Anschluß an das Bezirkskartell in Bensheim wurde aus finanziellen Gründen einstimmig abgelehnt.

Giersdorf, Kreis Neisse. Zwei Punkte waren es, die unsere Versammlung am 7. Februar notwendig machten und die Kollegen veranlaßte, vollzählig zu erscheinen. Zunächst gab der Vorsitzende eingehenden Bericht von der Gaukonferenz in Liegnitz und die Aussprache zeigte, daß der Gauleiter Senft auch weiter unser Vertrauen besitzt. Zum zweiten Punkte nahm der Vorsitzende Stellung zu den vorzweifelten Versuch des hiesigen Pfarrers, für den christlichen Steinarbeiter-Verband Schäfchen zu gewinnen. Daß aber die Giersdorfer Steinarbeiter anders denken, beweist die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die freigewerkschaftlich organisierten Steinarbeiter von Giersdorf erheben schärfsten Protest gegen die Agitation des Herrn Pfarrer für den christlichen Steinarbeiterverband, da sich diese Tätigkeit mit den Funktionen und Pflichten eines Ortsgeistlichen nicht vereinbaren läßt und nur dazu angetan ist, Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu tragen und den Kapitalismus zu stärken." Die Versammlung faßte den Beschluß, die Resolution öffentlich bekannt zu machen. Sollten sich die Gastwirte weigern, diese auszuhängen, wird ihnen der schärfste Boykott von der Arbeiterschaft angekündigt. Die Versammlung äußerte allgemein den Wunsch, von dieser Seite nicht mehr belästigt zu werden, denn die Erfahrung spricht gegen die Christlichen Gewerkschaften mit ihren schweren Hintermännern. An der Geschlossenheit der hiesigen Steinarbeiter werden alle solche Manöver zerschellen. Zur Sprache kam noch die neunstündige Arbeitszeit im Betriebe von Modlich hierselbst. Obwohl die Kollegen selbst einsehen, daß dieser Weg nicht der richtige ist, lassen sie sich doch immer wieder dazu bewegen, neun Stunden zu arbeiten. Wollen wir uns das alte Joch nicht selbst wieder auflegen, müssen wir auch am Achtstundentag unbedingt festhalten.

Auf unseren Protest gegen die Agitation des hiesigen Herrn Pfarrer für den christlichen Steinarbeiter-Verband entstand große Aufregung. Um den Zwistigkeiten ein Ende zu machen, schlug unser Vorsitzender dem Pfarrer vor, eine öffentliche Steinarbeiterversammlung einzuberufen, in der die Kollegen selbst zu entscheiden hätten. Die Versammlung fand am 21. Februar statt, Gauleiter Senft war zur Stelle. Ebenso hatte sich ein tüchtiger Stamm Kollegen aus Groß-Kunzendorf eingefunden und das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kollege Wilde eröffnet um 8 Uhr die Versammlung mit der Tagesordnung: Freigewerkschaftliche oder christliche Organisation. Es setzt zunächst eine lebhafte Debatte über die Rechtmäßigkeit der Versammlungsleitung ein, denn der Pfarrer versuchte, die Leitung in seine Hände zu bekommen. Doch daraus wurde nichts. Der Pfarrer versuchte nun, die Richtigkeit seiner Handlungsweise zu erbringen, denn die Kirche habe das Recht, in wirtschaftliche Angelegenheiten hineinzureden. Er verlangt unbedingten Gehorsam von seinen Pfarrkindern und sagt, ein Katholik müsse bereit sein, eher zu verhungern, als der Kirche den Gehorsam zu verweigern. Kollege Senft zerpflückte in treffender Weise die Argumentation des Geistlichen. Nicht mit Redensarten und christlicher Harmoniedusselei sei die Lage der Arbeiterschaft zu bessern, sondern einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes winke Erfolg. Den Klassenkampf lehnen die christlichen Gewerkschaften ab und sind folglich auch nicht in der Lage, die werktätige Masse erfolgreich zu vertreten. Seine Ausführungen klangen aus in den Ruf: Es besteht kein Grund, aus der freien Gewerkschaft auszutreten, aber tausend Gründe dagegen, in die christliche Gewerkschaft einzutreten. Lebhafter Beifall der Versammlung setzte ein, dann zeigte sich der krasse Unterschied zwischen einem freigewerkschaftlichen und einem christlichen Arbeitervertreter. Der christliche Arbeitersekretär van Dillen war der Assistent des Pfarrers und versuchte recht lendenlahm zu retten. Seine Faseleien von drei Millionen christlich organisierten Arbeitern widerlegte Senft leicht an Hand statistischen Materials und bewies ihm, daß 7 601 035 freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur 1 027 497 christlich organisierte Arbeiter gegenüberstehen. Der anwesende Parteisekretär Hertwig bewies, daß die Partei, die im Parlament Wortführerin der christlichen Gewerkschaften ist, gar nicht in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft tatkräftig zu vertreten. Kollege Polmer aus Ziegenhals ging dann mit den christlichen Arbeitgebern der Umgegend scharf ins Gericht und betont, daß dort die Entlohnung der Arbeiter am schlechtesten ist, wo sie christlich organisiert sind. Kollege Senft erinnert dann noch die Versammlung an die arbeiterfeindliche Haltung der christlichen Presse während des Großkunzendorfer Streiks und ersucht die Kollegen, in ihrem eigenen Interesse die Neisser Zeitung aus dem Hause zu werfen und eine Arbeiterzeitung zu bestellen. Alles Gezeter von gewisser Seite nützte nichts, folgende Resolution wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen: „Die am 21. Februar 1922 in Giersdorf, Lokal Kneisel, tagende öffentliche Steinarbeiterversammlung des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter, Zahlstelle Giersdorf, hat nach den Ausführungen des Pfarrers keine Veranlassung, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Sie erblickt im christlichen Steinarbeiter-Verband keine geeignete Interessenvertretung und hält nach wie vor dem Zentralverband die Treue. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands das Vertrauen aus und erwartet von ihm weitere tatkräftige Unterstützung im Wirtschaftskampfe." Die Kollegen von Giersdorf sprechen ihrem Gauleiter vollste Anerkennung aus für sein geschicktes und tatkräftiges Eintreten. Auch den Kollegen aus Großkunzendorf sei gedankt für ihr Interesse an unserer Sache. Es sei noch kurz bemerkt, daß die Quertreibereien nicht nur ihren Zweck vollständig verfehlten, sondern am Schluß der Versammlung die Gründung einer sozialistischen Ortsgruppe erfolgte.

Raumünzach. Versammlung am 10. Februar im Hotel „Wasserfall". Infolge der erhöhten Brotpreise sah sich die Werksteingruppe Raumünzach veranlaßt, eine neue Forderung an die Unternehmer einzureichen. Die Kollegen waren mit der Forderung einverstanden. In „Verschiedenes" wurde beschlossen, den Unterakkordanten Herrn Geiser anzuhören. Er kritisierte den Artikel, der vor einigen Wochen im „Steinarbeiter" veröffentlicht worden war, der sich mit seiner Person beschäftigte. Herr Geiser zahlt laut Belege seinen Arbeitern weit höhere Löhne als der Tarif vorschreibt. Dieser Artikel wurde veranlaßt, weil sich einige Hilfsarbeiter beschwerten, daß sie schikaniert worden sind. Man kann daraus ersehen, wie heutzutage unsere Kollegen sind, zuerst Schimpferei und dann nichts dahinter. Die Ortsverwaltung muß dann die Sache auslöffeln. Geiser führte noch aus, solange er Mauersteine kugeln muß, könne er sich nicht als „König" fühlen. Der Vorsitzende von unserer Zahlstelle mußte im Betrieb Geiser den Vermittler machen, damit wieder Ordnung im Betrieb einkehrte. Für die Kollegen eine Mahnung, in Zukunft nur auf Wahrheit beruhende Dinge zu behaupten.

Beucha. Am 8. Januar fand unsre Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zu Beginn der Versammlung gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Er ging besonders auf die Lohnbewegungen ein und stellte fest, daß diese sehr schleppend vor sich gingen und unter andern auch zu einem siebenwöchigem Streik führten, der von den Kollegen mustergültig bestanden wurde. Die darauf folgenden Lohnforderungen fanden einen wesentlich schnelleren Abschluß. Das dürfte wohl auf die Streikbewegung zurückzuführen sein. Die Teuerungszulagen betrugen am Schluß des Jahres rund 975 Prozent, gegenüber im Vorjahre 476 Prozent. Damit ist nicht etwa gesagt, daß die Kollegen sich am Schlusse dieses Jahres wirtschaftlich besser stellen, vielmehr muß gesagt werden, daß eine Teuerungswelle die andere jagte und wir mit unseren Zulagen nicht Schritt halten konnten, so daß wir sagen müssen, das verflossene Jahr war kampfreich, verschiedene Zulagen haben wir erkämpft, aber wirtschaftlich stehen wir heute genau auf demselben Fleck wie im Vorjahr. Eine Kritik zum Jahresbericht wurde nicht geübt. Darauf gab der Kassierer seinen Bericht. Die Revisoren haben die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden. Hierauf folgte Neuwahl der Ortsverwaltung. Der 1. und 2. Vorsitzende wurden wiedergewählt, ebenso der Kassierer, Schriftführer und Revisoren. Kollege Kalbskopf gab den Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. Gefordert waren 3 M. auf die Arbeitsstunde, gleich, ob Akkord oder Lohnarbeiter. Er führte aus, daß über diese Forderung bereits viermal verhandelt worden ist, die Arbeitgeber lehnten eine Zulage jedesmal ab mit der Begründung: „Sie zahlen keine Anwesenheitsgelder aus!" Als man aber auf eine prozentuale Zulage zukam, machten sie die Einwendung: „jetzt die wirtschaftliche Lage der Steinindustrie nicht genügend übersehen zu können". Schließlich könnte auch noch ein Preissturz eintreten und das könnten sie auf keinen Fall ertragen. Nachdem man den Bericht entgegengenommen hatte, machte sich eine allgemeine Empörung bemerkbar. Ein Teil der Versammelten erblickte in dem Gebaren der Arbeitgeber nur eine Verschleppung der Zulagen. Der größte Teil ist zu der Auffassung gekommen, daß es sich hier um eine Herausforderung ähnlich wie im August vorigen Jahres handelt und versicherten, daß sie entschlossen seien, genau so zu handeln wie damals. Schließlich machte man der Verhandlungskommission noch den Vorwurf, daß sie sich zu viel auf Verhandlungen eingelassen hätten. Hoffentlich hat sie eine Lehre daraus gezogen. Zur Beitragsregelung wurde beschlossen, die 1., 2., 3., 4., 6. und 9. Beitragsklasse einzuführen. Vor allen Dingen wurde darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied seinen Beitrag so zu leisten hat, wie ihn das Statut vorschreibt. Durch die Einführung der genannten Klassen ist das ohne weiteres möglich. Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und erledigt waren, fand die rege Versammlung ihren Schluß.

Lauterecken. Am 19. Februar 1922 hielt die Zahlstelle im Lokale Schneider eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarifamtssitzung in Mannheim am 16. Februar 1922, 2. Kartellbericht, 3. Stellungnahme zum Verbandstag, 4. Lohnforderung der Sandsteinarbeiter und Verschiedenes. Zu Punkt 1 und 2 gab Kollege Dreyer den Bericht. Der Schiedsspruch von Mannheim, der eine Lohnerhöhung von 1.85 M. für alle Arbeiter über 19 Jahre brachte einschließlich der Erhöhung der sozialen Zulage wurde einstimmig angenommen und klar zum Ausdruck gebracht, sofort wieder neue Lohnforderung zu stellen. Zu Punkt 3 wurden vom Vorsitzenden die Anträge zum Verbandstag vorgelegt, welche vom Ausschuß vorgeschlagen waren und von der Versammlung gutgeheißen wurden. Für die Sandstein-Kollegen wurde eine neue Lohnforderung ab 1. März 1922 eingereicht. Unter Punkt Verschiedenes wurde ein Antrag auf Unterstützung der erwerbslosen Sandstein-Kollegen gestellt und Ihnen aus der Lokalkasse je 50 M. bewilligt. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(V. W. B.) Die verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Arbeitsmarktes und der in den meisten Industrien noch auf sechs bis neun Monate ausreichende Auftragsbestand dürfen über den Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht hinwegtäuschen. Wohl ist nach der Statistik für 390 deutsche Städte die Zahl der Vollerwerbslosen von 137 363 am 25. Februar auf 119 090 am 4. März zurückgegangen, wohl hat die Leipziger Messe einen beispiellos lebhaften Geschäftsgang aufzuweisen gehabt, dennoch braucht man aber kein Pessimist zu sein, um klar und deutlich in verschiedenen Symptomen die Sturmvögel der herannahenden Wirtschaftskrise zu erkennen. Die jüngste Teuerungswelle hat alle Kalkulationen und Preisfestsetzungen außer Rand und Band gebracht. Der Handel bewilligt den Fabrikanten unglaublich hohe Preise in Erwartung weiterer Verteuerung der Rohmaterialien und Löhne. Man schlägt für spätere Lieferungen auf die jetzigen Preise ganz einfach ein paar Hundert Prozent auf und macht sich wenig Gedanken darüber, daß man doch eigentlich einen mit Händen greifbaren wirtschaftspolitischen Unfug begeht. Handel und Gewerbe sind geradezu von einer Panik befallen! Alles verfügbare Geld und darüber hinaus noch bedeutende Leihkapitalien werden in Rohstoffen und Auslandsdevisen angelegt. Man trägt auf diese Weise zu einer weiteren rapiden Verschlechterung der deutschen Mark und zu ganz unsinnigen Preissteigerungen an den Warenmärkten bei. Wir stehen vielleicht schon im Hochsommer vor einem ganz gefährlichen Rückschlag. Die allgemeine Aufwärtsbewegung der Preise und Löhne untergräbt die augenblicklich flotte Konjunktur von der einen Seite, der Mangel an Betriebskapitalien, Roh- und Brennstoffen wird ihr schließlich von der anderen Seite den Garaus machen und durch die fortschreitende Teuerung und sinkende Kaufkraft der Mark wird schließlich der inländische Warenmarkt seine Aufnahmefähigkeit einbüßen. Die ersten, die durch die herannahende Wirtschaftskrise erfaßt und mattgesetzt werden, sind die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe, denen es bei den hohen Preisen schon jetzt oft genug am erforderlichen Betriebskapital fehlt. Darüber hinaus werden aber auch sehr bald die Großbetriebe, insbesondere die Aktiengesellschaften, die Krise fühlen. Bisher haben sich gerade diese Unternehmungen durch fortgesetzte Neuausgabe von jungen Aktien das notwendige Kapital beschafft, an der Börse zeigt sich aber bereits eine starke Uebersättigung, und die Unterbringung neuer Emissionen gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger. Es hat keinen Zweck, sich durch die augenblicklich noch flotte Beschäftigung über den Ernst der Lage täuschen zu lassen. Es wäre viel richtiger, schon jetzt mit einer bedeutenden Zunahme der Arbeitslosigkeit im Winter 1922/23 zu rechnen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Das jetzt völlig brachliegende Gebiet des Wohnungsbaues kann in den Zeiten der Krisen das rettende Mittel werden, mit dem sich für Tausende und Abertausende von Arbeitslosen wenigstens das schlimmste Elend verhüten läßt. Dazu bedarf es aber rechtzeitiger und tiefgreifender Vorbereitungen. Auf keinem Gebiete ist unsere Wirtschaftspolitik so unproduktiv und saumselig gewesen, wie auf dem des Bau- und Wohnungsmarktes. Wer für das Frühjahr 1923 eine Belebung des Wohnungsbaues herbeiführen will, muß schon jetzt alle Vorbereitungen erledigen. Das im Vorjahre mit großer Reklame angekündigte Siedlungsprogramm, das einigen hunderttausenden wohnungslosen Familien Unterkunft schaffen sollte, kann schon jetzt als ein glänzendes Fiasko betrachtet werden, da es zu seinem weitaus größten Teile unausgeführt bleibt.

Der Mangel an Roh- und Brennstoffen. Im Hauptausschuß des Reichstags hat der Reichswirtschaftsminister auf die verheerenden Folgen der Kohlennot hingewiesen und vor allem festgestellt, daß infolge der Ablieferungen größerer Mengen hochwertiger Kohle an die Entente die deutsche Eisenindustrie gezwungen sei, ihre Hochöfen teilweise stillzulegen, während die deutsche Industrie förmlich nach Eisen und Stahl hungere. Es sei erschütternd, daß Deutschland Eisen von Auslande einführen müsse, während deutsche Hochöfen brachliegen. Diese Mitteilungen des Reichswirtschaftsministers finden ihre Bestätigung in den Angaben der Fachpresse, den Berichten wirtschaftlicher Fachverbände, den Feststellungen der Landesarbeitsämter und den Ein-

zelmeldungen typischer Industriebetriebe, wie sie z. B. dem Reichsarbeitsblatt allmonatlich zugehen. Eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft liegt darin, daß die Industrie wie auch die großen Verkehrsanstalten nur über ganz unbedeutende Kohlenvorräte verfügen, so daß bei der geringsten Störung der Zufuhr der ganze Produktionsprozeß innerhalb weniger Tage zum Stocken kommen kann. Das hat sich besonders deutlich in den letzten Wochen gezeigt, als durch die starke Kälte der Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen völlig lahmgelegt und die Situation durch den Eisenbahnerstreik noch verschärft wurde. Die Folgen dieser Stockungen zeigen sich erst jetzt in vollem Umfange. Die Hochofenwerke können die dringende Nachfrage nach Roheisen trotz stärkster Einschränkung des Exports nur teilweise befriedigen. Es mußten bedeutende Mengen Roheisen aus England und Frankreich bezogen werden. Die weitgehende Wirkung der Kohlenknappheit zeigt das Beispiel eines rheinischen Werkes, das infolge ungenügender Belieferung mit Roheisen und stark eingeschränkter Kalkzufuhr einen täglichen Produktionsausfall von etwa 500 Tonnen Rohstahl aufweist; die weitere Folge war eine teilweise Stillegung der Walzenstraßen. Auch die Maschinenindustrie leidet noch immer unter Mangel an Kohle und Eisen. Das gleiche gilt von den Waggonfabriken und den meisten Zweigen der Metallindustrie. Die Berichte aus dem Textilgewerbe melden, daß an verschiedenen Plätzen die Betriebszeit bis auf 23 Stunden wöchentlich vorübergehend eingeschränkt werden mußte und daß bei weiterem Ausbleiben der Zufuhren verschiedene Unternehmen in spätestens 14 Tagen ihren Betrieb ganz und gar einstellen müssen. Am schärfsten äußert sich der Kohlenmangel in der Herstellung von Baumaterialien. So konnten in der Kalkindustrie höchstens 70 bis 75 Prozent des ohnehin sehr knapp bemessenen Kontigents an Kohlen geliefert werden, und es besteht die Gefahr einer weiteren Verschärfung, wenn nunmehr der erhöhte Abbruch an Bau- und Düngekalk einsetzt. Gegenüber einer vorgesehenen Erzeugung von 405 000 Tonnen für den Monat Februar sind tatsächlich höchstens 350 000 Tonnen erreicht worden. Auch in der Zementindustrie trat infolge des Kohlenmangels ein weiterer Rückgang in der Erzeugung ein. In der Zementwarenindustrie mußten verschiedene Betriebe infolge der Zementnot völlig schließen. Auch aus der Glas- und keramischen Industrie wird berichtet, daß trotz großen Auftragsbestandes in den letzten Wochen eine große Zahl von Fabriken infolge ungenügender Zufuhr von Rohmaterial und Kohle, die schon vor dem Eisenbahnerstreik nirgends in nennenswerter Menge vorhanden war, zum vollständigen Stillstand für längere oder kürzere Zeit verurteilt waren. In die größte Bedrängnis ist naturgemäß durch den Kohlenmangel das ganze Verkehrsgewerbe einschließlich der Seeschiffahrt und Hochseefischerei gekommen.

Rundschau.

Steinmetz-Schule in Demitz-Thumitz. Die Entlassung an der Schule findet am Sonnabend, dem 25. März, nachm. 5 Uhr, statt. Gleichzeitig werden am Sonnabend von nachm. 4 bis 6 Uhr und Sonntag früh von 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr in den oberen Schulräumen die im Laufe des Schuljahres gefertigten Zeichnungen und übrigen Arbeiten ausgestellt. Den Kollegen wird der Besuch der Ausstellung bestens empfohlen.

Gewerkschaftliches. In dem mit dem Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, verbundenen Logierhaus stehen stets Betten sowie einige Einzelzimmer zur Verfügung. Vorherige schriftliche Anmeldungen werden angenommen und nach Möglichkeit berücksichtigt.

Gewerkschaftsappell an Moskau. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sandte am 15. März folgendes Telegramm an die Sowjetregierung:

Herrn Lenin, Vors. d. Rates der Volkskommissare, Moskau.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erfährt aus Pressenachrichten, daß 47 Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre auf Grund von Aussagen eines Renegaten nächster Tage vom Obersten Tribunal abgeurteilt werden sollen. Im Namen von 8 Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands erbitten wir Amnestie für die Beschuldigten. Die Welt braucht heute Versöhnung. Insbesondere ist das Schicksal der internationalen Arbeiterklasse abhängig davon, daß die Bekämpfung und Verfolgung von Bruderparteien in gewalttätiger Form aufhört. Helfen Sie zur Verständigung und zum Frieden und lassen Sie die in Entwicklung begriffene Annäherung zwischen den Arbeitern Rußlands und Deutschlands nicht stören durch ein Bluturteil, das bei allen Anhängern der Freiheit Entrüstung und Empörung hervorrufen würde.

Im Auftrage: Leipart, Vorsitzender.

Die Auslandsdelegation der Partei der Sozialrevolutionäre macht den Vorschlag, den Prozeß gegen die verhafteten Sozialrevolutionäre in Moskau einem aus Mitgliedern der drei sozialistischen Internationalen zusammengesetzten Gericht zu übergeben.

Beamtenzentrale. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam für die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, die neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte organisieren, eine Gewerkschaftliche Beamtenzentrale mit dem Sitz in Berlin errichtet. In Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden Verbänden sind für diese Beamtenzentrale besondere Satzungen aufgestellt worden, aus denen Zweck und Aufgaben der Zentrale ersichtlich sind.

Als Zweck ist in § 1 die gemeinsame Vertretung allgemeiner Beamteninteressen und die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den Beamten angegeben. Die Schaffung der Beamtenzentrale beruht auf den Beschlüssen der Dezembertagung des Bundesausschusses, wonach dieser die Absicht billigt, daß die dem ADGB. und dem Afa-Bund angehörenden Verbände, die Beamte organisieren, besondere Abteilungen bzw. Reichssektionen für ihre Beamtenmitglieder errichten.

Dachdecker und Baugewerksbund. Eine gemeinsame Konferenz der Gauleiter des Ausschusses, des Zentralvorstandes und der Berliner Vorstandsmitglieder beschäftigte sich mit der neuen Vorlage des Baugewerksbundes. Thomas vom Zentralvorstand gab eine Uebersicht, was diese Vorlage bringt. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Dachdecker nunmehr, auch wenn der Bund noch nicht, wie wir ihn erträumen, geschaffen wird, nicht länger zögern sollten. Er halte es für richtig, wenn die Dachdecker sich ungesäumt dem neuen Bunde nach dessen Gründung anschließen. Allerdings seien nicht alle Wünsche erfüllt, doch müßten sie versuchen, sich im Bunde durchzusetzen, dann würden sie das Fehlende erreichen. Fast alle Redner stellten sich auf einen anderen Standpunkt. Sie erklärten, für den Bund mit allen Mitteln kämpfen zu wollen; was hier aber vom Bauarbeiterverband geschaffen werden soll, sei nichts anderes als ein umgetaufter Bauarbeiterverband. Das habe aber der letzte Verbandstag mit Zweidrittelmehrheit zurückgewiesen. Durch die Vorlage habe sich an der grundsätzlichen Stellung nichts geändert. Man solle etwas geschlossen machen oder lieber noch warten, anstatt Stückwerk zu gestalten. Beschlossen wurde, es bei der vom Verbandstag vorgesehenen Urabstimmung zu belassen, um den Kollegen selbst die Entscheidung anheimzugeben. Wenn der Bauarbeiterverband seine neuen Satzungen geschaffen, den Bund gegründet hat, wenn klar gesehen werden könne, dann solle die Urabstimmung stattfinden.

Bauarbeitermangel. Am 24. Februar fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerverbände, Vertretern einer Reihe von Landesarbeitsämtern und der Behörden unter Vorsitz des Herrn D. Syrup, Präsidenten des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung statt, um Stellung zur Frage des Bauarbeitermangels zu nehmen. Die Berichte ergaben, daß die bisherigen Bemühungen um Heranziehung von Facharbeitern über gelegentliche lokale Erfolge nicht herausgekommen sind. Es wurde allgemein anerkannt, daß auch die bevorstehende Bausaison in den meisten Teilen Deutschlands einen nicht zu deckenden Bedarf an Baufacharbeitern zeigen werde, und daß versucht werden müsse, diesen Mangel, soweit irgendmöglich, zu beheben, um im allgemeinen Interesse die Baumöglichkeiten soweit ausnützen zu können, wie Baugelder und Baumaterialien zur Verfügung stehen. War man auch über das Ziel einig, so gingen die Meinungen über die zur Behebung des Bauarbeitermangels einzuschlagenden Wege auseinander. Die Arbeitervertreter betonten mit Recht, daß das einzig durchgreifende Mittel eine stärkere Lehrlingshaltung sei, die sich jedoch nur dann erreichen lasse, wenn sich die Innungen von den altüberkommenen Anschauungen freimachen und sich bereiterklären, durch Tarifvertrag mit den Verbänden eine genügend hohe Entschädigung der Lehrlinge zu sichern. Leider sind gerade an dieser Forderung die letzten Verhandlungen über den Reichstarif gescheitert. Die Zurückführung ehemaliger Baufacharbeiter, die Unterkommen in anderen Industrien gefunden haben, hat bisher geringen Erfolg gehabt, weil das Baugewerbe mit seiner häufigen Arbeitsunterbrechung keinen Anreiz bieten konnte. So sind nach den behördlichen Feststellungen von etwa 9200 Bauarbeitern, die nach Kriegsschluß im Eisenbahnbetrieb unterkamen, nur 280 wieder zum Baugewerbe zurückgekehrt. Der Vertreter des Verkehrsministeriums erklärte, daß unter den demnächst zur Entlastung des Eisenbahnbetriebes zu entlassenden über 20 000 Arbeitern in erster Linie ehemalige Bauarbeiter betroffen werden. Demgegenüber betonten die Arbeitervertreter, daß eine zwangsweise Zurückführung nur erbitternd wirken würde, ohne das gewollte Ziel zu erreichen. Notwendig sei, durch bessere Verteilung der Bauvorhaben, namentlich durch alle Behörden, dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiter nicht zum unfreiwilligen Feiern gezwungen sind. Die Umschulung von ungelernten Bauarbeitern, eventuell auch anderen Arbeitern zu Baufacharbeitern ist bisher ohne größeren Erfolg geblieben. Findet die Umschulung auch allgemein Zustimmung, so zeigt sich doch an einzelnen Orten ein erheblicher Widerstand, bald bei den Arbeitern, bald bei den Unternehmern. Heute sind Träger der Umschulungsmaßnahmen die einzelnen Landesarbeitsämter, die zu sehr unterschiedlichen Reglungen kamen. Bei der Besprechung wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß nur die Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter im Bauberuf Träger der Umschulungsmaßnahmen sein können, wenn diese Maßnahmen zu einem wirklichen Erfolg führen sollen. Es wurde bedauert, daß das Reichsarbeitsministerium nicht bereits im Spätherbst des Vorjahres die von den Bauarbeiterverbänden vorgeschlagene gemeinsame Beratung der Richtlinien in die Wege geleitet hat. Es wurde eine Kommission von je fünf Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eingesetzt, die schnellstens in Verbindung mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung die für die Umschulung nötigen gemeinsamen Richtlinien festsetzen soll, betreffend Lehrdauer, Lehrvertrag, Ueberwachung der Lehre, Entlohnung der Umzuschulenden, Entschädigung an den Lehrmeister, bezirkliche und örtliche Gliederung der Maßnahmen usw. Hoffentlich gelingt es nunmehr, die zur Behebung des Bauarbeitermangels dringend notwendigen Maßnahmen baldigst durchzuführen.

Soziales. Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Die scharfe Erhöhung der Brot-, Kartoffel- und Fleischpreise im Monat Februar kommt in der Lebensmittelpreisstatistik bereits sehr scharf zum Ausdruck. Nach den Berechnungen R. Calwers stellten sich im Durchschnitt von etwa 200 deutschen Plätzen die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie im Februar 1922 auf 674.39M. gegen 548.85 M. im Vormonat. Die Entwicklung der Reichsindexziffer seit 1914 ergibt sich aus nachstehender Tabelle:

Februar	Index	Februar	Index
1914	25.29	1920	147.65
1918	56.47	1921	359.56
1919	64.93	1922	674.39

Demnach hat die Indexziffer im Vergleich zur Vorkriegszeit bereits eine Steigerung auf das Siebenundzwanzigfache erfahren. Das Anschwellen der Teuerungswelle in den letzten sechs Monaten ergibt sich aus nachstehender Uebersicht:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes pro Woche in Mark

September 1921	399.59
Oktober	418.42
November	473.89
Dezember	514.63
Januar 1922	548.85
Februar	674.39

Im September 1921 ergab sich im Vergleich zur Vorkriegszeit erst eine etwa sechzehnfache Steigerung. Hieraus folgt, daß im Laufe des letzten Halbjahres die Kaufkraft der Mark im Inlande außerordentlich nachgelassen hat, und daß auch die inländischen Kosten der Lebenshaltung immer mehr sich den Auslandsverhältnissen nähern.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Anfang dieses Jahres an die einzelnen Zahlstellen versandten Karten über den vierteljährlichen Lohnnachweis sind bisher recht mangelhaft eingegangen, so daß die Uebersicht über die Löhne fehlt. Wir ersuchen die betreffenden Zahlstellen, den Nachweis für Ende Dezember 1921 nachzuholen, damit die Statistik laufend geführt werden kann. Der Nachweis für Ende März ist spätestens bis 3. April einzusenden.

*

Auf Antrag der Zahlstelle Tittling wurden die Steinarbeiter Josef Hirz, Johann Geininger, Ascher und Fritz wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Mannheim. Das Mitgliedsbuch Nr. 31 203, Ortsnummer 76, von Ruppert, Heinr., geb. 19. 8. 1889 zu Seckmauern, eingetr. 2. 12. 1919, ist abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

Fechenbach. Der Steinmetz Otto Spachmann (Verbandsnummer 54 575) ist abgereist und hat sich als Hilfskassierer von Dorfprozelten Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Die Zahlstellen werden gebeten, dessen Adresse zu senden an Karl Klingenbeck, Kassierer.

Homberg. Für den Kollegen A. König gingen nachstehende Beträge ein, über die dankend quittiert wird. Schmidt, Kassierer. Zahlstelle: Bobenhausen 415 M., Steinau 804 M., Lauterbach 205 M., Ansbach 200 M., Düdelsheim 350 M., Wieseck 130 M., Rinderbügen 175 M., in Summa 2279 M.

Adressenänderungen.

3. Gau.

Schmalkalden. Vors.: Max Lehner, Brotterode, Oberweg; Kass.: Theodor Weninger, Brotterode, Teichstraße.

Wechselburg. Vors.: Paul Gotthardt, Lunzenau, Sa., Markt 3 III.

4. Gau.

Wolfshagen. Vors.: Karl Pahl, Nr. 170.

5. Gau.

Duisburg. Kass.: Fritz Hirschler, Niederstraße 51.

Roth (Dillkreis). Vors.: Fritz Theis; Kass.: Karl Heun, Schönbach (Dillkreis).

7. Gau.

Weißenstadt. Vors.: Math. Schmidt, Nr. 238.

9. Gau.

Flonheim. Vors. u. Kass.: Philipp Dietz II.

Hausen (Bezirk Mayen). Vors. u. Kass.: Xaver Schößler, Nr. 45.

Briefkasten.

H. M. A. Ein solches Buch gibt es nicht.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Irland von Karl Kautsky. 32 Seiten. Preis 6 M. Der furchtbare Bürgerkrieg in Irland, der eben endlich durch einen Frieden der Verständigung mit England beendet worden ist, verleiht den irischen Dingen größte Aktualität. Trotzdem sind die Verhältnisse Irlands dem deutschen Proletariat noch wenig bekannt. Karl Kautsky, der schon 1880 eine Schrift über Irland veröffentlichte und der eine größere Arbeit über dieses viel geprüfte Land vorbereitet, hat es daher für angezeigt gehalten, jetzt einen kurzen Abriß der irischen Entwicklung zu veröffentlichen. Er zeigt uns die Quellen der entsetzlichen Notlage Irlands, im vorigen Jahrhundert, den Befreiungskampf der irischen Nation, den sie eben jetzt siegreich beendet hat und seine Wandlungen, sowie endlich die Konsequenzen für die proletarische Bewegung, die wir in Irland und England und damit auch in der Internationale von dem Sieg der irischen Nationalisten zu erwarten haben.

„Geld und Valuta." Eine Untersuchung über die Probleme der inneren und äußeren Geldentwertung. Von Alfred Braunthal. Das Inhaltsverzeichnis informiert am besten über den Inhalt: I. Das Währungsproblem. 1. Die Entstehung des Geldes. 2. Der Geldwert. 3. Scheidemünze und Banknote. 4. Die Papiergeldwährung. 5. Die Ursachen der Geldentwertung. 6. Wirkungen der Geldentwertung. 7. Der Steuerkampf. II. Das Valutaproblem. 1. Der internationale Zahlungsverkehr. 2. Die Ursachen der heutigen Valutadifferenzen. 3. Wirkungen der Valutadifferenzen. 4. Der Heilungsprozeß. — Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der sich das Verständnis für die wichtigen Tagesfragen — Geld — Valuta — Steuerkampf — verschaffen will, muß diese Broschüre lesen. Preis 7 M. pro Exemplar (ohne Porto). Zu beziehen vom Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Str. 32, Postscheckkonto Leipzig 65139. Bestellungen sind umgehend aufzugeben. Lieferung nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Prof. Dr. Karl Bräuer, Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten mit besonderer Rücksicht auf die deutschen und englischen Verhältnisse (Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft Heft 18). Dresden, v. Zahn & Jaensch. 64 Seiten, Preis 20 Mark.

Eine stoffreiche und doch lebendig geschriebene Arbeit des bekannten Nationalökonomen. Die bisherigen deutschen Indexziffern werden auf ihre Brauchbarkeit untersucht und besonders die Erfahrungen dargelegt, die man in England mit der Verbindung von Lohntarifverträgen und Indexziffern des Arbeitsministeriums für nicht weniger wie 2¾ Millionen Arbeiter bereits gemacht hat. Ein ähnlicher Ausweg aus zahllosen vermeidbaren Streitigkeiten müsse auch für Deutschland gangbar sein.

Anzeigen

Siegler's Schriftenzeichnerei, Gießen (Hess.)
Licher Straße 37 ◆ ◆ Versand meiner Lehr-Methoden 50 M

Schrifthauer und Steinmetzen
auf Muschelkalk und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Mehrere tüchtige Steinmetzen
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Wieser, Granitwerk, Martinlamitz i. Fichtelgeb.

Zwei tücht. Steinmetzen
auf Thüster Kalkstein und bayrischen Sandstein sofort gesucht. Dauernde Arbeit. — Bauarbeitertarif.
Paul Wohnlich, Uelzen i. Hannover.

Einen tüchtig. selbständig. Steinmetz auf Granit u. Muschelkalk sucht
J. Bruder, Tettnang.

3–4 Granitsteinmetzen
finden dauernde Beschäftigung (Tarifstundenlohn und Grenzzulage) Unterkunft vorhanden.
Pfälz. Granitwerke, G.m.b.H., Kaiserslautern.

Erfahrener Maschinenschleifer
sogleich für dauernd gesucht.
J. Melchert, Marmorwerk, Dessau, Heidestraße 88.

Bildhauer und Steinmetz
firm in allen vorkommenden Arbeiten der Grabmalbranche, sofort ges.
Bildhauerei Conrad, Torgau.

10–12 tüchtige Granitpflastersteinhauer
gegen hohen Akkordlohn.
2 tücht. Spalter, sowie 10 tücht. Granitsteinmetzen
gegen hohen Lohn für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke Tiefenstein, E. Humpert, Tiefenstein (Schwarzwald).

Zwei tüchtig. Steinmetzen
auf Grabsteinarbeiten für dauernd (Weimar. Tarif) stellen ein
Gebr. Knoblauch, Vieselbach i. Thür.

8–10 Pflastersteinhauer u. Steinmetzen
werden gesucht bei sehr hohem Verdienst.
Für Logis und Verpflegung ist gesorgt.
Markersdorfer Granitwerk Josef Dorfner, Diethensdorf.

Einen tüchtigen Steinmetz
der Granit-Schrifthauen kann, stellt sofort ein
Karl Berner & Sohn, Bildhauer, Ober-Waldenburg i. Schles.

STEINMETZEN
auf Sandstein, Schrifthauer, sowie einen
BILDHAUER
für Ornamente, suchen bei gutem Lohn
C. R. RISCH & CO., LANDSBERG (WARTHE)

Abbitte! Die beleidigenden Äußerungen, die ich am 3. März auf der Fahrt von Strehlen nach Cummendorf im Eisenbahnwagen gegen den Kassierer der Zahlstelle Strehlen (Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands) Herrn Karl Schreiber getan habe, nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Zugleich warne ich vor Weiterverbreitung, da diese Behauptungen vollkommen aus der Luft gegriffen sind. **Berger,** Eisenbahner.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Duisburg** am 7. Februar der Steinmetz **Hubert Hoffmann,** 50 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Langenberg** (Einzelzahler) am 14. Februar der Steinmetz **Herm. Schöntube,** 61 Jahre alt, Wassersucht.

In **Dresden-Pirna** am 4. März der Granitschleifer **Robert Standfuß,** 59 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Westerode** am 11. März der Pflastersteinarbeiter **Hein Koch,** 69 Jahre alt, Blinddarmentzündung.

In **Berlin** am 12. März der Sandsteinmetz **Richard Eichholz,** 28 Jahre alt, Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.